BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
18. Wahlperiode

Drucksache 18/
18.03.2014

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Integrationsbetriebe und -projekte im Land Bremen

Auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen Menschen mit bestimmten Behinderungen nur selten eine Anstellung. Um diesem Problem zu begegnen, ist vom Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen worden, sogenannte Integrationsbetriebe und -projekte einzurichten, die rechtlich und wirtschaftlich unabhängig sind. Sie stehen im Wettbewerb mit anderen Firmen, beschäftigen dabei 25 bis 50 Prozent Menschen mit Behinderungen und erhalten dafür einen finanziellen Ausgleich aus der Ausgleichsabgabe der Integrationsämter. Integrationsbetriebe und -projekte sind eine wichtige Brücke zwischen den Arbeitsplätzen in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und denen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt zu stärken und ihre Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen ist die Förderung von Integrationsprojekten im Land Bremen auch im aktuellen Koalitionsvertrag vorgesehen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Integrationsbetriebe und -projekte gibt es im Land Bremen und in welchen Bereichen sind diese tätig (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden, Trägern und Tätigkeitsbereichen)? Wie viele von ihnen sind seit 2011 neu entstanden?

2. Wie viele Beschäftigte sind in diesen Integrationsbetriebe und -projekten insgesamt tätig? Wie viele Mitarbeiter haben eine Behinderung (bitte aufgeschlüsselt nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund der Beschäftigen sowie Art und Schwere der Behinderung)?

3. Wie viele Beschäftigte mit Behinderungen haben jeweils einen unbefristeten Arbeitsvertrag? Wie sind sie durchschnittlich tariflich eingruppiert und wie erfolgt die tarifliche Eingruppierung im Verhältnis zu den nicht behinderten Mitarbeitern? Mit welchem Stundenumfang sind diese Mitarbeiter im Durchschnitt beschäftigt? Wie viele Mitarbeiter nutzen das persönliche Budget?

4. Wie viele der Beschäftigten mit Behinderungen haben vorher in einer Werkstatt gearbeitet? Wie viele waren auf dem freien Arbeitsmarkt beschäftigt? Wie viele waren vor der Einstellung arbeitslos?

5. Wie viele Mitarbeiter mit Behinderungen vollzogen 2011-2013 jeweils den Wechsel in den Arbeitsmarkt außerhalb eines Integrationsbetriebes und -projektes? Wie viele verließen die Betriebe, um (wieder) in einer Werkstatt tätig zu werden?

6. Welche Ausbildungsberufe werden in den Integrationsbetrieben und -projekten angeboten? Wie viele Auszubildende mit und ohne Behinderungen schlossen 2011-2013 eine Ausbildung ab und wurden jeweils nach Beendigung ihrer Ausbildung 2011, 2012 und 2013 in den Betrieb übernommen? Gibt es bereits Erfahrungen mit erfolgreicher Eingliederung von Jugendlichen mit Behinderung nach Ausbildungsabschluss auf dem ersten Arbeitsmarkt?

7. Kooperieren die Integrationsbetriebe und -projekte mit dem Berufsbildungswerk, und wenn ja, wie?

8. Plant der Senat die Einrichtung neuer Integrationsbetriebe und -projekte zu fördern? Welche neuen Betriebe sind ggf. für 2014/2015 geplant?

9. Wurde die Gründung der bestehenden Integrationsbetriebe und -projekte mit Mitteln der Ausgleichsabgabe im Sinne von Einrichtungsförderung unterstützt, wenn ja, in welcher Höhe? Plant der Senat die Einrichtung weiterer Integrationsbetriebe und -projekte mit Mitteln der Ausgleichsabgabe zu fördern und wenn ja, in welcher Höhe?

10. In welcher Höhe werden Mittel aus der Ausgleichabgabe jährlich in den bereits bestehenden Integrationsbetriebe und -projekten zur Arbeitsplatzförderung verwendet? Wie viel Prozent der jährlichen Mittel der Ausgleichsabgabe sollten nach Ansicht des Senats höchstens für die Arbeitsplatzförderung in Integrationsbetriebe und -projekten verwendet werden?

11. Wie stellt der Senat sicher, dass für die regelmäßigen Verpflichtungen des Integrationsamtes, gerade mit Blick auf die Integrationsbetriebe und -projekte, auch in den nächsten Jahren genügend Mittel vorhanden sind?

Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU